

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXXI/97

21. Mai 1976

Die Rechtskonservativen lassen grüßen

CDU/CSU-Wahlplattform manifestiert die Vorherrschaft
der Strauß-Gruppe

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 1a / 56 Zeilen

Oppositionsradio Erlan und die Medienpolitik

Das Beispiel Pressefusionskontrolle zeigt die Konzep-
tionslosigkeit der Union

Von Hellmut Siegler Schmidt MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Presserecht und Medienpoli-
tik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 / 30 Zeilen

25 Jahre Montan-Mitbestimmung

Ein Modell hat sich glänzend bewährt

Von Volker Jung
Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-
Bundesvorstand

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

Honeckers "Kraftquell": die KPdSU

Aufschlußreiche Zahlen auf dem Parteitag der SED

Seite 5 und 6 / 97 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhof 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telex: 06 50 848 - 48 ppbd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Rechtskonservativen lassen grüssen

CDU/CSU-Wahlplattform manifestiert die Voherrschaft der Strauß-Gruppe

Von Lotnar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Das Wahlprogramm der CDU und CSU, das der Kanzlerkandidat Dr. Kohl nun endlich vorlegen durfte, offenbart in seiner Entstehungsgeschichte und in seiner Endfassung den inneren Zustand und die Gewichtsverhältnisse in der Opposition. Es ist ein Dokument der Übermacht der rechtskonservativen Kräfte und der Ohnmacht der für eine vernünftige gesellschaftspolitische Diskussion offenen Gruppierungen in den Unions-Parteien. Es ist das Ergebnis der Kapitulation vor dem eigenen Anspruch, mit der sich der CDU-Vorsitzende Dr. Kohl bei Franz Josef Strauß seine Kanzlerkandidatur erkaufen mußte.

Seit Wochen gab es um den Veröffentlichungstermin ein Hin und Her, weil Strauß mit den Entwürfen aus dem Konrad-Adenauer-Haus nicht einverstanden war. Auf dem CSU-Parteitag und in Filbingers Wahlkampf in Baden-Württemberg wurde das Endprodukt entscheidend vorprogrammiert. In den Diskussionsentwürfen, die von der Gruppe Kohl-Biedenkopf-Barzel-Ketzer in die Beratungen der "Führungsgemeinschaft" von CDU/CSU eingebracht worden waren, fehlte jedenfalls die Geispenaterformel "Freiheit oder Sozialismus". Über die mächtige Südschiene wurde sie von Strauß, Dregger und Filbinger mit Unterstützung von Carstens in die Wahlplattform hineindiktirt. Sie tilgte auch den Rest von konkreten Aussagen zur Sozialpolitik. Das Strauß-Edikt, die Grenzen des Sozialstaates seien erreicht und schon überschritten, mit "Gratifikationen" auf diesem Gebiet müsse Schluß sein, wurde voll wirksam. Das Biedenkopf-Schlagwort von der "neuen sozialen Frage" und Kohls "Sozialgarantie" sind nicht als Worthülsen, deren Verwendung den Urhebern zur Täuschung von Arbeitnehmern und Rentnern gestattet bleibt.

Man braucht nur die Kapitel über die soziale Sicherung und über das Gesundheitswesen in der Wahlplattform der Union mit dem Regierungs-

21. Mai 1976

programm der Sozialdemokraten für 1976 - 1980 zu vergleichen, um die "Qualität" der "Alternative '76" der Opposition zu erkennen: Es handelt sich um einen Katalog von Unwahrheiten, Unverbindlichkeiten und Plattitüden.

So z.B., wenn sich die CDU/CSU als Anwalt jugendlicher Arbeitsloser aufspielt. Obwohl doch jedermann weiß, daß gerade die CDU/CSU durch ihr unverantwortliches Verhalten im Bundesrat die Bemühungen der Bundesregierung in dieser wichtigen Frage blockiert hat. So z.B., wenn sich die Opposition auf die Schlußakte von Helsinki beruft, obwohl sie doch diese Konferenz abgelehnt hat. So z.B., wenn Kreditgewährung an Osthandelsländer als "Aufrüstung der Warschauer Pakt-Staaten" hingestellt wird, obwohl dadurch Hunderttausende von Arbeitsplätzen in unserem Lande gesichert werden. So z.B., wenn die CDU/CSU verspricht, die "Leistungen für die Familie zu verbessern" ohne zu sagen, wie und womit. So z.B., wenn die CDU verkündet: "Wir setzen uns ein für die Erhaltung von Inhalt und Form der deutschen Sprache". Nicht nur in diesem Falle werden übrigens die Grenzen zwischen Pathos und Lächerlichkeit überschritten.

Insgesamt hat sich die Sonthofener Regieanweisung von Strauß "Nur keine Rezepte nennen" voll durchgesetzt. Die geschickten Verpackungskünste des CDU-Generalsekretärs können darüber nicht hinwegtäuschen: viel Tare und Netto bei Null. Es handelt sich um ein Produkt, bei dem Etikettenschwindel Inhalt und demagogische Aggressivität Alternativen ersetzen sollen. Es ist ein Verschnitt aus Scharlatanerie und Scharfmacherei, eine Mischung von Siedenkopf-Semantik und Strauß-Befehlen. Jetzt ist es unumstößliche Gewißheit: Der Schwarze Riese aus Mainz und der Weißmacher aus Odesseeldorf haben ihr politisches Profil bei Strauß in München, Filbinger in Stuttgart und Dregger in Fulda als Pfand abgegeben. In dieser Situation lassen die Rechtskonservativen und die Wirtschaftsgrößen von CDU/CSU die "Unions-Freunde" Kutzer, Blom und Wisemann herzlich grüßen.

(-/21.5.1976/hgy/pr)

+ + +

Oppositionsradio Eriwan und die Medienpolitik

Das Beispiel Pressefusionskontrolle zeigt die Konzeptionslosigkeit der Union

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Presserecht
und Medienpolitik der SPD-Bundestagefraktion

Wieder einmal mußte ein Versuch der Opposition, ihre Mehrheit im Bundesrat als Bremse zu benutzen, zurückgewiesen werden. Der Einspruch des Bundesrates gegen das Gesetz über die Pressefusionskontrolle, der jetzt mit der Mehrheit des Bundestages überwunden wurde, ist ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Radio-Eriwan-Mentalität der Opposition. Ist die CDU/CSU gegen die Pressekonzentration? Antwort von Oppositionsradio Eriwan: "Im Prinzip ja, aber nur, wenn die Freiheit großer Zeitungsverlage, wirtschaftlich schwächere Zeitungen zu schlucken, nicht eingeschränkt wird."

Doch dies ist nur ein Glied in der Kette entsprechender medienpolitischer Entscheidungen der Opposition. Ist die CDU/CSU für Hilfsmaßnahmen zugunsten wirtschaftlich schwacher Zeitungen? "Im Prinzip ja, aber nur, wenn gleichzeitig auch wirtschaftlich starke Zeitungsverlage aus Steuermitteln noch stärker gemacht werden". Deshalb dürfen nach Meinung der Opposition keine statistischen Angaben, die gezielte Hilfsmaßnahmen überhaupt erst zuverlässig ermöglichen, von den Zeitungsverlagen verlangt werden. Darum wurde auch das Pressestatistikgesetz folgerichtig von der CDU/CSU abgelehnt.

Eine letzte Frage an Oppositionsradio Eriwan soll dieses Bild vervollständigen. Ist die CDU/CSU für die Freiheit der Berichterstattung durch Presse und Rundfunk und dementsprechend für ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten? "Im Prinzip ja, aber nur mit soviel Einschränkungen, daß dadurch die Freiheit der Berichterstattung wieder infrage gestellt wird."

Das Verhalten der Opposition auf dem Gebiet der Medienpolitik - wie auch in anderen Bereichen - zeigt, wohin die Reise gehen würde, wenn die Wähler sie am 3. Oktober an das Lenkrad der deutschen Politik liesse. Im Betätigen des Bremshebels und des Rückwärtsganges ist sie unübertroffen. Um aber den Führerschein für eine gesicherte Zukunft unseres Landes zu erwerben, muß sie noch viel lernen. (-/21.5.1976/ve/pr)

+ + +

25 Jahre Montan-Mitbestimmung

Ein Modell hat sich glänzend bewährt

Von Volker Jung

Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand

25 Jahre Mitbestimmung bedeuten: 25 Jahre Kontrolle wirtschaftlicher Macht in dem Bereich der Industrie, der sich in der Vergangenheit durch den Mißbrauch dieser Macht zu politischen Zwecken besonders ausgezeichnet hat. Nicht zufällig wurde nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und der Zerstörung der deutschen Wirtschaft von den Stahl-Industriellen im Jahre 1946 die Mitbestimmung freiwillig angeboten, um gemeinsam mit den Gewerkschaften die drohende Demontage zu verhindern und die von SPD und CDU zu dieser Zeit gleichermaßen geforderte Sozialisierung der Schlüsselindustrien zu verhindern.

Nicht zufällig auch stellten sich die gleichen Industriellen im Jahre 1950 - nach der Gründung der Bundesrepublik und dem Wiedererstarken der alten Kräfte - einer Übernahme der gleichberechtigten Mitbestimmung in die Bundesgesetzgebung und ihrer Ausdehnung auf alle Großunternehmen und Konzerne entgegen. Es bedurfte der Ankündigung eines Streiks, um die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie zu erhalten und auf den Bergbau auszudehnen.

Die Mitbestimmung in der Montanindustrie hat sich nach Auffassung der Gewerkschaften außerordentlich bewährt. Das gilt auch und in besonderem Maße vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Stahlindustrie und vor allem der Bergbau mit schweren strukturellen Krisen zu kämpfen hatten. In den Jahren von 1957 bis 1972 ist die Zahl der Beschäftigten im Bergbau um zwei Drittel - von über 600 000 auf etwas über 200 000 geschrumpft. Dieser Strukturwandel wurde dank der Leistungen von Arbeitsdirektoren, Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten und Betriebsräten wirtschaftlich und vor allem sozial zufriedenstellend gelöst. Die Arbeitnehmer konnten durch Umgruppierungen, Umschulungen und Übergangsbeträufen ohne wesentliche soziale Nachteile wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Die Mitbestimmung hat außerdem eine Schrittmacherrolle in vielen

Bereichen der Gewerkschaftspolitik gespielt: Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer - in anderen Bereichen durch Tarifaufeinanderetzungen erst ansatzweise erkämpft - gehört in der Montanindustrie seit Jahren zum gesicherten sozialen Besitzstand. Sozialpläne, die nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz von den Betriebsräten erzwungen werden können, wurden in der Montanindustrie erfunden. Während viele Unternehmen die Folgen der jüngsten weltweiten Wirtschaftskrise, die alle Wirtschaftszweige und Gebiete in Mitleidenschaft zog, durch Massenentlassungen und Einschränkung des Ausbildungsangebots voll auf den Rücken der Arbeitnehmer abwälzten, ist es den Arbeitnehmervertretern in der Montanindustrie gelungen, einen hohen Beschäftigungsstand zu erhalten und zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, um sogar Lehrlinge aus anderen Wirtschaftszweigen zu übernehmen.

Die Anschauung und Vermittlung dieser praktischen Erfolge hat viele ausländische Gewerkschaften zu der Einsicht gebracht, daß dieser deutsche Weg der Konfliktregulierung die Arbeitnehmer nicht in die kapitalistische Wirtschaft integriert, sondern ihre Interessen voll zur Geltung bringt. Es gibt heute eine Mehrheit von Gewerkschaften im europäischen Gewerkschaftsbund, die in der institutionellen Mitbestimmung eine wirksame Ergänzung ihrer unabhängigen und selbständigen Gewerkschaftspolitik sieht. Es muß aber der Eindruck vermeiden werden, als würde das neue Mitbestimmungsgesetz, das keine Gleichberechtigung zwischen Arbeit und Kapital bringt, die Forderung der deutschen Gewerkschaften erfüllen. Dann würde nämlich der alte Verdacht wiederbelebt werden, die Mitbestimmung in der Bundesrepublik sei darauf angelegt, den Gewerkschaften Mitverantwortung für Entscheidungen zu übertragen, die sie nicht wirksam beeinflussen können. Dies hätte fatale Folgen, denn eine deutsche Mitbestimmungsregelung, die nicht auf die zunehmend integrierte Wirtschaft in Westeuropa übertragen werden kann, ist langfristig zum Scheitern verurteilt.

Es gilt, die Möglichkeiten des neuen Mitbestimmungsgesetzes im Interesse der Arbeitnehmer voll auszuschöpfen und für die gleichberechtigte Mitbestimmung weiterzukämpfen. (-/21.5.1976/mie/pr)

Honeckers "Kraftquell": die KPdSU

Aufschlußreiche Zahlen auf dem Parteitag der SED

Zwei Zahlen zum IX. Parteitag der SED waren mehr als alle Reden für den Kurs der Partei bezeichnend: Der "Palast der Republik", in dem der Kongreß tagt, hat, wie der Architekt in ungewohnter Freimütigkeit berichtete, über eine Milliarde Mark gekostet. Und SED-Chef Erich Honecker teilte den 2500 Delegierten des Parteitages mit, die DDR werde sich im laufenden Fünfjahrplan mit sieben bis acht Milliarden Mark "an der Entwicklung der Rohstoffproduktion in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern" beteiligen.

Den Ein-Milliarden-Mark-Repräsentationsbau glaubt die DDR anscheinend ihrer auf dem Parteitag mit Stolz erwähnten diplomatischen Anerkennung durch 121 Staaten schuldig zu sein. Daß sie sich der Milliardenkosten gar noch rühmt, obgleich sie ein entsprechendes Vorhaben der Bundesregierung schärfstens kritisieren würde, ist wahrscheinlich auf die Spekulation zurückzuführen, daß sie sich angesichts der unbestreitbaren Erfolge auf außenpolitischem und teilweise auch auf innenpolitischem Gebiet diese Provokation gegenüber der Bevölkerung leisten zu können glaubte. Schließlich kann jeder Bürger folgende Rechnung anstellen: Nach Erich Honecker sollen 750 000 Wohnungen, die bis 1980 gebaut oder modernisiert werden sollen, 50 Milliarden Mark kosten. Mit der für den Prunkbau erforderlichen Milliarde hätten also für 15 000 Familien neue oder renovierte Wohnungen geschaffen werden können.

Aufschlußreicher ist die zweite Zahl. Die sieben bis acht Milliarden Mark, die die DDR für die Entwicklung von Rohstoffvorkommen vor allem in der Sowjetunion zur Verfügung stellen will, machen fast 15 Prozent der Summe aus, um die die Investitionen der DDR im begonnenen Fünfjahrplan steigen sollen. Dieses Opfer gilt nicht nur dem Rohstofflieferanten Sowjetunion, der aus der Erhöhung seiner Preise in den Jahren der Ölkrise mehr profitierte, als er für teurer gewordene Importe aus der DDR bezahlen mußte.

Die sieben bis acht Milliarden sind auch der Tribut der DDR an ihre "unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion". Daß diese die Achse ihrer Außenpolitik und Vorbild ihrer Innenpolitik ist, zog sich wie ein roter Faden durch Honeckers Rede und das dem Parteitag vorliegende Programm. Honecker sprach von dem "unverbrüchlichen Bruderbund mit der Sowjetunion", von der "auf das feste, politische, ökonomische und militärische Fundament der um die Sowjetunion zusammengeschlossener sozialistischer Bruderländer" gegründeten "gemeinsamen Außenpolitik", von der "Allgemeingültigkeit des Erfahrungsprozesses der Sowjetunion", der "ökonomischen Integration mit der UdSSR und den anderen Bruderländern des RGW" und schließlich von der "Annäherung unserer sozialistischen Nationen und Staaten".

Im neuen Programm wird das noch hymnisch überhöht. Darin wird die Sowjetunion als der "Pionier alles menschlichen Fortschritts" und die KPdSU als die "erprobteste und erfahrenste kommunistische Partei" bezeichnet - die dreißigjährige Stalin-Ära wird stillschweigend mitgerechnet -; die

KPdSU ist die "Hauptkraft der sozialistischen Gemeinschaft, der unbesiegbare Kraftquell der internationalen Arbeiterbewegung". Im letzten unter Ulbricht beschlossenen Programm hatte die Sowjetunion nach dem "sozialistischen Internationalismus" rangiert, im neuen ist das Bekenntnis dazu der Auftakt zu einer sich ständig wiederholenden Litanei über die KPdSU und die UdSSR. Selbst im neuen Statut ist die "unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion, der Vorhut der kommunistischen Weltbewegung" verankert.

Daß die KPdSU nicht wie die anderen kommunistischen Parteien der Warschauer-Pakt-Staaten - bis auf Rumänien - auf diese Akklamationen mit der Entsendung ihres Generalsekretärs oder wenigstens des Leiters ihrer außenpolitischen Abteilung, Katuschew, geantwortet hatten, daß Suslow sein mangelndes Interesse an Honeckers Rede noch durch Zeitungslesen unterstrich, - das alles ist nur zu erklären, wenn man annimmt, daß man sich in Moskau dieses "Bruders" absolut sicher ist. In der Tat hat Honecker, der während der Nazizeit im Zuchthaus saß, der Sowjetunion größere Avancen gemacht als der Sowjetemigrant Ulbricht. Dieser hatte gegenüber der Sowjetunion noch einen Rest von Skepsis aus der Zeit des Stalinismus; schließlich gingen, wie seine Moskauer Sekretärin erklärte, damals die Stalinschen Verfolgungen "bis an Ulbrichts Büro". Aber Honecker und seinem meist in der Sowjetunion geschulten jungen Nachwuchs mangelt es an jener inneren Souveränität gegenüber der Sowjetunion, über die Realpolitiker vom Schläge Kadars, Gierka und wahrscheinlich auch Husaks zu verfügen scheinen.

Nur so ist es zu erklären, daß der als Diskussionsredner auftretende Verteidigungsminister Hoffmann vor kurzem auf der SED-Parteihochschule die Ansicht vertreten hat, auch der Krieg im Atomzeitalter sei "ein gerechter Krieg" und der "Raketen-Kernwaffen-Krieg" nicht "nur noch stummes Inferno, Weltuntergang". Diesem Geist des Kalten und Heißen Krieges entspricht auch die in dieser Rede Hoffmanns, die von der Zeitung "Einheit" abgedruckt wurde, enthaltene Aufforderung an alle kommunistischen Parteien, "zum Schutz erkämpfter Positionen", wenn es sein muß "unverzüglich von 'friedlichen' Kampfformen zu 'blutigen' Überzuzugehen".

Natürlich ist der Parteitag kein Forum für die Propaganda solch "blutiger" Kampfformen. Hier spricht man von der "künftigen Weltgemeinschaft freier und gleichberechtigter Völker", wie es im Parteiprogramm heißt. Aber weder Hoffmanns in der "Einheit" abgedruckte Rede noch seine aus dem gleichen Geist geborene Parteitagsrede wären ohne Zustimmung Honeckers möglich gewesen. Oberdies wurden beide Stellungnahmen durch einen zusätzlichen Artikel in der letzten Nummer der "Einheit" vervollständigt, in dem vor der "gefährlichen Illusion" gewarnt wird, "der Sozialismus könne im Rahmen der bürgerlichen Demokratie allein durch deren Reform oder Verbesserung errichtet werden". Honecker hat allerdings solche Thesen, die zu direkter Konfrontation mit den Vertretern westeuropäischer kommunistischer Parteien führen mußten, auf dem Parteitag vermieden.

Die Opposition hat sich dennoch gemeldet: Die Vertreter Jugoslawiens und Rumäniens beharrten auf Souveränität, Unabhängigkeit und dem "eigenen Weg zum Sozialismus", - Übrigens ohne den sonst üblichen Beifall der Delegierten. Auch die Vertreter der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens legten angesichts der von Honecker vertretenen Forderung nach einer kommunistischen Europa- und Weltkonferenz ihren abweichenden Standpunkt dar. Damit waren die Fronten trotz aller Diplomatie so klar, wie es die "Falken" in Moskau und Ost-Berlin wünschen.

Walter Dsten
(-/21.5.1976/va/pr)